

Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
Bundesgasse 3
CH-3011 Bern

Per E-Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

20. März 2024

Ihr Kontakt: Noëmi Emmenegger, Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail:
schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Erdbebenvorsorge und der Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Vernehmlassung zur Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Erdbebenvorsorge und der Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben Stellung zu nehmen. Nachstehend finden Sie unsere Einschätzungen und Überlegungen zu diesem Gesetzesentwurf.

Erdbeben sind trotz ihrer geringen Häufigkeit eine zu erwartende Naturkatastrophe in der Schweiz. Die möglichen Auswirkungen insbesondere auf Gebäude sind beträchtlich. Geeignete Massnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Gebäuden und Infrastrukturen gegenüber dieser Naturgefahr sind deshalb von zentraler Bedeutung. Für den Ernstfall braucht es aber auch eine entsprechende Versicherungsdeckung, um beim Wiederaufbau und der Reparatur von beschädigten Häusern zu helfen und allfällige finanzielle Verluste von Gebäudeeigentümer:innen abzufedern.

Für uns Grünliberale schafft die vorgeschlagene Lösung der Eventualverpflichtung jedoch massive Fehlanreize und nimmt Gebäudeeigentümer:innen und Kantone aus der Pflicht. Heute sind nur rund 15% der Gebäude in der Schweiz gegen Erdbeben versichert. Einzig im Kanton Zürich gibt es eine limitierte Erdbebenversicherung. In sieben Kantonen gibt es nicht einmal eine obligatorische Gebäudeversicherung, teilweise auch in Kantonen, die eine obligatorische Erdbebenversicherung auf Bundesebene fordern. Die Kantone haben es in der Hand, eine zielführende Lösung einzuführen.

Zudem überträgt die Eventualverpflichtung die finanzielle Verantwortung von den Gebäudeeigentümer:innen auf die Allgemeinheit und reduziert die Eigenverantwortung. Dies ist nicht im Interesse der Allgemeinheit. Die Gebäudeeigentümer:innen müssen in der Verantwortung stehen, ihre Gebäude durch Investitionen erdbebensicher zu machen und so die Schäden im Falle eines Erdbebens zu reduzieren.

Aus diesen Gründen lehnen die Grünliberalen die vorgeschlagene Lösung für die Einführung einer Eventualverpflichtung ab.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anmerkungen. Für Rückfragen stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser Fraktionsmitglied Beat Flach gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Noëmi Emmenegger
Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion